

**Antrag der Fraktionen Bü 90/Grüne, CDU, SPD, UFFBASSE und UWIGA vom 21. Januar 2019 betr. Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten**



Darmstadt, den 21. Januar 2019

**Antrag**

**Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Wissenschaftsstadt Darmstadt schließt sich der Initiative der Oberbürgermeister\*innen von deutschen Städten an und erklärt sich bereit, dreißig Geflüchtete aus der Seenotrettung im Mittelmeer aufzunehmen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Oberbürgermeister die notwendigen Schritte zu unternehmen

**Begründung:**

Jedes Jahr sterben tausende Menschen bei ihrer Überfahrt nach Europa im Mittelmeer. Dennoch verweigern Mitgliedsländer der Europäischen Union zivilen Seenotrettungsschiffen das Einlaufen in ihre Häfen. Lifeline, Aquarius oder Sea-Watch sind Namen, die aus der Berichterstattung bekannt sind. Dass Bundesinnenminister Horst Seehofer in Aussicht stellt, 60 Menschen Zuflucht in Deutschland zu gewähren, unterstützen die unterzeichnenden Fraktionen.

Völlig unabhängig davon wie man zur europäischen Grenzpolitik und zu den Verteilungsmechanismen von Geflüchteten innerhalb der EU steht und wie man Zuwanderung nach Europa und Deutschland bewertet, keine Doktrin, kein politisches Konzept rechtfertigt es, das Retten von Menschen aus Seenot zu behindern.

Die Pflicht zur Rettung von Menschen in Seenot ist als Ausdruck der Menschlichkeit tief verankert in der Jahrhunderte alten, maritimen Tradition und im internationalen Seerecht. Irrelevant ist dabei, wie die Notlage von den zu rettenden Personen herbeigeführt wurde. Wenn zivile Initiativen sich entschließen, auf See zu fahren, um Menschen vor dem sicheren Tod zu retten, müssen sie unterstützt und dürfen nicht bestraft werden, denn sie versuchen die Lücke zu füllen, die die Einschränkung staatlicher europäischer Seenotrettungsmissionen hinterlassen hat. Gleiches gilt für Handelsschiffe, die ihrer rechtlichen und humanitären Verpflichtung

nachkommen.

Über 30 Städte in der Bundesrepublik haben sich bereit erklärt, Überlebende der Mittelmeerroute aufzunehmen, um gegenüber der Bundesregierung politisch deutlich zu machen, dass sie die humanitären Ziele der zivilen Seenotretterinnen und Seenotretter unterstützen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN** – Hildegard Förster-Heldmann, Yücel Akdeniz, Ellen Schüßler, Axel Eppich, Stefan Opitz

**CDU** – Roland Desch, Alexander Schleith, Dorothee Schmitt, Peter Franz, Ctirad Kotoucek, Ludwig Achenbach

**Uffbasse** – Kerstin Lau, Marc Arnold, Georg Hang, Sebastian Schmitt

**SPD** – Michael Siebel, Dagmar Metzger, Moritz Röder

**Uwiga** – Erich Bauer, Gudrun Deutschler, Jes Peter Nissen